

Im Zweifel gegen den Arbeitslosen

Was macht die Politik, wenn sie feststellen muss, dass Hartz IV statt 14 nun 26 Mrd Euro kosten wird. Sie könnte sich eingestehen, dass sie nicht weiß, was im Land los ist und das sie das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Armut nicht kennt. Sie kann aber auch den Weg gehen, die Ursachen bei den Arbeitslosen zu suchen. Letzteres macht sie zur Zeit.

Pauschal wird ca. 170.000 Arbeitslosen unterstellt, dass sie, weil sie zu einer bestimmten Zeit telefonisch nicht erreichbar waren, schwarz arbeiten. Da wir ausschließen können, dass sie zu dieser Zeit beim Steuerberater waren, um Steuersparmodelle zu erarbeiten, fragen wir, was haben sie wirklich gemacht? Sie waren mit ihren Kindern auf dem Spielplatz, sie waren einkaufen, sie waren auf Stellensuche, sie waren tätig im Ehrenamt zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, sie betrieben Weiterbildung und nicht wenige warteten in den Schlangen vor den Suppenküchen oder organisierten sich abgelaufene Konserven bei den Discountern.

Politik agiert wie gehabt nach dem Muster: den Einzelfall aufdecken und zum Generalangriff blasen! Die Öffentlichkeit wird populistisch darauf eingestimmt, weitere Kürzungen und Repressionen gegen Arbeitslose, weil es ja um „Schmarotzer und Parasiten“ geht, unwidersprochen zu akzeptieren. Wer arbeitslos wird, erfährt nicht nur den finanziellen Abstieg, er gerät gleichzeitig unter Generalverdacht, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. In der Spitze vermitteln solche Kampagnen den Eindruck, das Arbeitslosigkeit selbst einen Straftatbestand darstellt.

In einem schleichenden Prozess wird der Sozialstaat ausgehöhlt und der Willkür eines ausschließlich neoliberalen und ökonomisch bestimmten Weltbildes ausgeliefert. Ein Konsens darüber, was unsere Gesellschaft zusammenhält, wird nicht mehr hergestellt. Wäre es doch erste Aufgabe der Politik, diesen Konsens herzustellen bzw zu sichern, um einer Spaltung der Gesellschaft entgegen zu treten, wird er gerade von ihr zerstört.

Wahr bleibt, dass es sich bei Arbeitslosigkeit um ein unverschuldetes Schicksal handelt, und die Betroffenen der Solidarität aller bedürfen. Wahr bleibt, dass es für die Betroffenen keine Arbeit gibt und ein Leben in Armut ihre realistische Zukunft darstellt. Zunehmend wird auch wahr, dass ihnen Würde und Perspektive genommen werden.

Die Bezirksleitungen der KAB-Aachen-Stadt/Eifel und Aachen-Land sind entsetzt über die pauschal verurteilende Argumente des ehemaligen Wirtschaftsministers, der Bundesagentur und der Unterhändler der zukünftigen Koalition.

Aus den diskutierten Maßnahmen wird ersichtlich, dass es erneut und einzig die Benachteiligten in unserer Gesellschaft treffen wird!

Aachen, den 2.November 2005